

Handelsblatt print: Nr. 175 vom 10.09.2021 Seite 010 / Politik

MARKUS SÖDER

"Scholz will all das machen, was Merkel verhindert hat"

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef spricht darüber, wie die Union die Bundestagswahl gewinnen kann, wie ein Kanzler Scholz aus der Euro-Zone eine Schuldenunion machen würde und warum Deutschland ein neues Klimaschutzgesetz braucht.

Daniel Delhaes, Jan Hildebrand, Thomas Sigmund

Markus Söder steht vor einem schwierigen Parteitag. Die CSU liegt in Umfragen unter 30 Prozent - ein dramatisch schlechter Wert für die erfolgsverwöhnten Bayern. Parteichef Söder muss bei der Wiederwahl zum Parteichef hoffen, dass die Delegierten ihre schlechte Stimmung nicht an ihm auslassen. Gleichzeitig braucht es am Samstag, wenn Kanzlerkandidat Armin Laschet auf dem CSU-Parteitag auftritt, einen glaubwürdigen Schulterschluss. Es wird eine der letzten Chancen, vor der Bundestagswahl etwas wie Aufbruchstimmung in der Union zu erzeugen.

Herr Ministerpräsident, waren CDU und CSU jemals in einer tieferen Krise als derzeit?

Es ist eine ernste Zeit für das Land und für die Union. Wir müssen jetzt eine Trendwende schaffen. Mit dem CSU-Parteitag und dem Triell der drei Kanzlerkandidaten am Sonntag haben wir dafür eine gute Grundlage. Jetzt geht es für die Union um alles.

Wie konnte die Union in so eine Lage kommen?

Wir sollten jetzt nicht die letzten Monate aufarbeiten, sondern uns auf die kommenden zwei Wochen konzentrieren. Das ist wie im Fußball: Wenn man in der 80. Minute ist, bringt es nichts, noch einmal über die erste Halbzeit nachzudenken. Wir brauchen jetzt alle Kraft und **Energie** für die letzten zehn Minuten.

Die Union liegt in der 80. Minute 0:2 zurück. Wie wollen Sie die Wende schaffen?

Wenn man mal die demoskopischen Unsicherheiten herausrechnet, liegt die SPD nur hauchdünn vorn. Die Wahl ist nicht gelaufen, das ist noch gut drehbar. Klar ist: Die Union muss Nummer eins werden, sonst gibt es eine linke Regierung. Da soll sich niemand täuschen. Wenn Olaf Scholz nur eine Stimme im Bundestag mehr hat, dann wird er ein linkes Bündnis schmieden. Er hat ganz klargemacht, dass er die Union in der Opposition sehen will. Alle, die in der Union hoffen, vielleicht als Juniorpartner mitzuregieren, sollten gewarnt sein.

Die Angstmache vor Rot-Rot-Grün wirkt bei den Wählern bisher nicht.

Wir müssen die Konsequenzen noch mal deutlicher machen. Ein Linksbündnis würde die deutsche Wirtschaft in den Würgegriff nehmen. Rot-Rot-Grün bedeutet höhere Steuern, höhere Schulden und weniger Sicherheit, weil Polizei und Bundeswehr kaputtgespart würden. Und in Europa würden wir in eine Schuldenunion mit Euro-Bonds abrutschen.

CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak warnt, dass es bei einem Kanzler Scholz die Euro-Zone zerreißen könnte. Wer soll das glauben?

Das ist zugespitzt formuliert, aber der Punkt ist doch: Scholz will eine völlig andere europäische Finanzarchitektur. Seine Politik läuft auf Euro-Bonds und eine Schuldenunion hinaus. Das wird unsere Währung enorm schwächen. Gleichzeitig ist Scholz offen für eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Dann haften die deutschen Sparer für Pleitebanken in Südeuropa. Scholz will all das machen, was Angela Merkel über Jahre erfolgreich verhindert hat.

Das alles klingt nicht nach dem Ende der Währungsunion.

Rot-Rot-Grün setzt voll auf Verschuldung. In Deutschland wollen SPD und Grüne die Schuldenbremse abschaffen. Gleichzeitig soll die EU auch Schulden machen dürfen. Es ist doch absehbar, wohin das führt: Die Währungsunion würde geschwächt, die Inflation angeheizt und der Euro wieder zum Spielball der internationalen Finanzmärkte.

Scholz hat als Bundesfinanzminister in den letzten vier Jahren nicht den Anschein erweckt, die Finanzarchitektur Europas zu gefährden.

Die Frage ist doch: Wer gibt den Ton an? In der letzten Woche wurde sehr kritisch das Zukunftsteam von Armin Laschet

hinterfragt. Wie sieht aber das Team hinter Olaf Scholz aus? SPD-Chefin Saskia Esken sieht den demokratischen Sozialismus als spannende Vision. Ihr Co-Chef Norbert Walter-Borjans hat als Finanzminister in Nordrhein-Westfalen einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. Dann gibt es noch Parteivize Kevin Kühnert, der über die Vergesellschaftung von BMW nachdenkt. Rot-Rot-Grün hat in Berlin leider eindrucksvoll gezeigt, wie wenig ein solches Bündnis von Wirtschaft versteht und von Eigentum hält.

Nach einem Wahlsieg würde doch Scholz den Kurs der SPD bestimmen.

Olaf Scholz wird der linken Wucht aus den eigenen Reihen auf Dauer nicht standhalten. Schauen Sie sich die ersten Amtsjahre von Gerhard Schröder an. Der musste auch in vielen Punkten der Parteilinken mit Oskar Lafontaine an der Spitze nachgeben. Die ersten Regierungsjahre von Schröder hatten deshalb eine echte wirtschaftliche Verschlechterung zur Folge. Erst als es nicht mehr anders ging, weil es in Deutschland fünf Millionen Arbeitslose gab, hat er mit der "Agenda 2010" gegengesteuert. Unter einem Kanzler Scholz würde es nicht besser. Das führt zu einem unglücklichen Erwachen.

Wie passen Ihre Warnungen vor einem rot-grünen Schuldenstaat zu Ihrem eigenen Vorstoß, die Schuldenbremse zu ändern? Sie haben angedeutet, dass Investitionen für den Klimaschutz von der Schuldenregel ausgenommen werden sollen.

Über die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen müssen wir sprechen. Aber für mich ist ganz klar: Die Schuldenbremse an sich muss erhalten bleiben. Sie abzuschaffen, wie es die Linke will, wäre der Einstieg in eine Schuldenspirale.

Viele Deutsche sorgen sich wegen der anziehenden Inflation. Zu Recht?

Wenig Inflation kann wirtschaftspolitisch eine stimulierende Wirkung haben. Aber wir nähern uns nun langsam Werten, bei denen es gefährlich wird. Die deutschen Sparer leiden schon jetzt unter den Nullzinsen. Wenn jetzt noch massiv steigende Inflation hinzukäme, dann wäre das eine schleichende Enteignung für die Mittelschicht. Wir brauchen daher eine Inflationsbremse.

Ist das nicht alleinige Aufgabe der Europäischen Zentralbank?

Es ist die gemeinsame Aufgabe der europäischen Staaten und der EZB. Wir brauchen eine Obergrenze für die Inflation, bei der zwingend eingeschritten werden muss. Sich hier klar zu positionieren wird auch Aufgabe der kommenden Bundesregierung. Da macht es einen großen Unterschied, ob die Union regiert oder ein Linksbündnis. Wenn Deutschland mit schlechtem Beispiel vorangeht und die Schuldenschleusen öffnet, dann gibt es auch in anderen europäischen Ländern kein Halten mehr.

Wie verträgt sich die Beschwörung der Schuldenbremse mit dem Versprechen der Union, die Steuern zu senken?

Warum haben wir die schwarze Null geschafft? Weil die Wirtschaft floriert hat und damit die Staatseinnahmen gestiegen sind. Deshalb kommt es nun auf kluge Wirtschaftspolitik an. Ohne Stärkung der Wirtschaft werden wir weder alte Schulden zurückzahlen können noch neue verhindern.

Und kluge Wirtschaftspolitik bedeutet für Sie Steuerentlastungen?

Das ist neben Bürokratieabbau und der Förderung von Innovation und Forschung ein Teil. Mir geht es nicht darum, zuvorderst Konzerne zu entlasten, sondern vor allem den Mittelstand zu stärken. Das muss unsere Antwort sein, auch um gegenüber den Hightech-Giganten aus den USA und den gelenkten Staatskonzernen aus China global zu bestehen. Wir müssen uns um den Mittelstand kümmern, um Selbstständige, Handwerker und die vielen Familienunternehmen.

Und was planen Sie konkret?

Dazu gehört auf jeden Fall die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Für viele Mittelständler ist der Soli eine unmittelbare Unternehmensteuer. Dann müssen wir unbedingt die von SPD und Grünen geforderte Vermögensteuer verhindern. Statt so einen schädlichen Unsinn einzuführen, brauchen wir eine Reform der Erbschaftsteuer. Ich setze sehr darauf, die Erbschaftsteuer zu regionalisieren und dann zu reduzieren.

Das wollen Sie, aber will das auch die Union?

Im Wahlprogramm haben wir Steuerentlastungen verabredet. Pacta sunt servanda.

Die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock will Familien mit rund 2000 Euro im Jahr entlasten. Was würden die Pläne der Union an Entlastungen bedeuten?

Die Grünen schnüren gern große Geschenke, um sie den Bürgern bei nächster Gelegenheit wieder wegzunehmen. Wir wollen Familien fördern, also eben nicht das Ehegattensplitting abschaffen. Wir wollen die Freibeträge für Alleinerziehende deutlich erhöhen, die Kindertagesstätten massiv ausbauen. Und wir wollen vor allem auch die Mütterrente ausweiten.

Sie haben die Idee einer Spritpreisbremse ins Spiel gebracht und wollen die Pendlerpauschale erhöhen, um die Belastungen beim Klimaschutz abzumildern. Ist das mit dem CDU-Kanzlerkandidaten besprochen?

Wir müssen beim Spritpreis Ausgleichsmechanismen entwickeln, die ab einem bestimmten Preisniveau greifen. Die Priorität liegt da bei der Pendlerpauschale. Es ist doch albern, wenn man wie die Grünen als Ausgleich den Kauf von Lastenrädern fördern will. Das mag in Großstädten sinnvoll sein, aber nicht im Pendlerland Deutschland. Wir brauchen pro zehn Cent höheren Spritpreis einen Cent mehr Pendlerpauschale als Ausgleich für die ländlichen Räume. Und wir müssen klar sagen, ab welchem Preisniveau die Menschen überfordert werden, und dort eine Grenze ziehen.

Das Klimaschutzgesetz schreibt allerdings vor, dass Klimaziele Jahr für Jahr erreicht werden müssen und Lücken sofort zu schließen sind. So etwas gelingt nur über den Preis, sodass für 2022 ein Plus von 70 Cent im Raum steht, wie renommierte Wirtschaftsinstitute in einem Regierungsbericht vorrechnen. Gibt es da eine Alternative?

Ich gehe davon aus, dass wir nach der Bundestagswahl die gesamten Klimamaßnahmen noch einmal auf den Prüfstand stellen werden. Das Gesetz ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit heißer Nadel nachgebessert worden. Wir sollten über ein besseres Klimaschutzgesetz nachdenken.

Was gehört da rein?

Das Ziel muss doch sein: Wir müssen die Stromerzeugung zu 100 Prozent auf **erneuerbare Energien** umstellen. Wir müssen auch den Strombedarf noch einmal genau bestimmen. Es drohen Stromlücken. Von der Elektromobilität über klimaneutrale Industrie bis hin zur Digitalisierung brauchen wir viel Strom und Stromleitungen. Auch die Wasserstoffstrategie müssen wir erweitern und Gasnetze für grünen Wasserstoff öffnen - nicht nur für Wasserstoff aus dem Norden, sondern auch aus dem Süden Europas und Nordafrika. Wir müssen auch über CO₂ - Speicher reden, Wälder aufforsten und flächendeckend Moore renaturieren. Da haben wir eine Menge Arbeit vor uns.

Und was ist mit dem Braunkohleausstieg oder dem Ende des Verbrenners?

Wir sollten früher als 2038 aus der Braunkohle aussteigen und ab 2035 keine neuen Autos mit fossilen Verbrennungsmotoren mehr in Deutschland zulassen, dafür Elektromobilität und alternative Antriebe fördern.

Aber muss man nicht ehrlich sagen: Der Klimaschutz wird jedem Einzelnen viel abverlangen?

Natürlich müssen wir investieren und natürlich werden bestimmte Bereiche teurer, dafür entlasten wir aber an anderer Stelle. So schaffen wir den Umstieg von einem auf das andere System. Steigt der CO₂ - Preis, dann muss der Strompreis sinken. Wir brauchen auch weiter einen Industriepreis, damit die Unternehmen nicht abwandern. Das alles werden wir nach der Wahl klären müssen. Es geht nicht um Verzicht, sondern um Technologiesprünge.

Am Freitag beginnt der CSU-Parteitag. Was wird Ihre Botschaft an die CSU-Mitglieder?

Wenn wir deutlich machen, was Deutschland unter einer linken Regierung droht, können wir den Trend brechen. Wir müssen vielleicht kleinere Brötchen backen, als wir noch vor ein paar Wochen und Monaten gehofft haben. Aber es ist nichts verloren.

Die letzte Umfrage in Bayern sieht die CSU bei 28 Prozent. Liegt das nur am schwachen Bundestrend, oder sind die Probleme auch hausgemacht?

Wir liegen zum Teil acht Prozent über dem Bundestrend. Bei der letzten Bundestagswahl waren es nur sechs Prozent. Wir können uns vom Bundestrend leider nicht komplett abkoppeln.

CDU und CSU wirken im Wahlkampf nicht geschlossen, das gilt auch für die beiden Parteivorsitzenden. Welchen Anteil tragen Sie persönlich an den derzeit schwachen Umfrageergebnissen?

Zumindest für Bayern darf man vermuten: Hätten wir den Kandidaten gestellt, wäre das Ergebnis für die CSU wohl nicht niedriger.

Sie haben keinen Fehler gemacht?

Keiner ist ohne Fehler. Aber es gibt kaum eine Gruppe, die so viel Wahlkampfveranstaltungen für Armin Laschet gemacht hat wie die CSU. Wir plakatieren in Bayern unzählige Großflächen mit Armin Laschet und mehr als die meisten CDU-Verbände.

Auf dem Parteitag steht auch Ihre Wiederwahl als CSU-Chef an. 2019 kamen Sie auf 87 Prozent. Welches Ergebnis peilen Sie jetzt an?

Ich hoffe, dass wir zwei Signale setzen können: Geschlossenheit innerhalb der CSU, aber auch mit der CDU und Armin Laschet. Und dann wollen wir ein Signal der Entschlossenheit aussenden. Die gesamte Union braucht den Rückenwind vom CSU-Parteitag.

Herr Söder, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Daniel Delhaes , Jan Hildebrand und Thomas Sigmund.
Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN
Ein Linksbündnis würde die deutsche Wirtschaft in den Würgegriff nehmen.

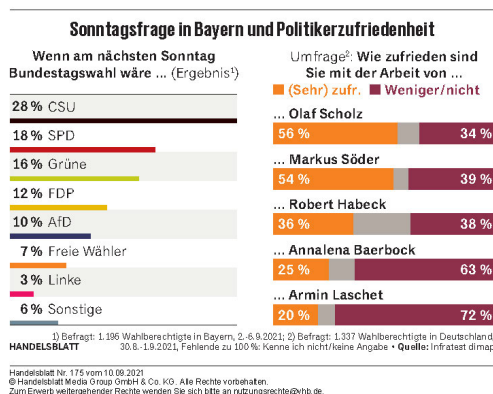
Vita

Parteipolitik Der gebürtige Nürnberger Markus Söder trat 1983 als Schüler in die CSU ein. Er zog 1994 in den Landtag ein. Von 2003 bis 2007 war Söder CSU-Generalsekretär, seit Januar 2019 ist er Parteichef. Auf dem Parteitag am Freitag steht seine Wiederwahl als Vorsitzender an.

Regierungschef Der 54-jährige Franke stieg 2007 ins bayerische Kabinett auf. Dort war er unter anderem Minister für Umwelt und Gesundheit sowie später für Finanzen. Im März 2018 wurde er Ministerpräsident. Im vergangenen April bekundete Söder öffentlich sein Interesse, Kanzlerkandidat der Union zu werden.

Nach einem kurzen, harten Machtkampf entschied sich der CDU-Bundesvorstand aber für Armin Laschet, obwohl viele an der Basis den bayerischen Ministerpräsidenten vorgezogen hätten.

Delhaes, Daniel
Hildebrand, Jan
Sigmund, Thomas



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 175 vom 10.09.2021 Seite 010
Ressort:	Politik
Börsensegment:	org org org org
Dokumentnummer:	9768036E-36FA-4C8C-982E-9B3AA0ADE44A

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_9768036E-36FA-4C8C-982E-9B3AA0ADE44A%7CHBPM_9768036E-36FA-4C8C-982E-

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH